

Dieser Beitrag ist erschienen in

Nachhaltigkeit, Wissenschaftsethik, Globalisierung
Rohrbacher Manuskripte, Heft 8, Herausgegeben von Rudolf Rochhausen.
Rohrbacher Kreis in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Leipzig,
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2001
ISBN 3-9809165-0-2

Alle Rechte des Beitrags liegen beim Autor.

Der Beitrag kann unter den Konditionen der Creative Commons Lizenz BY-ND
(Namensnennung-Keine Bearbeitung 3.0) frei verbreitet werden.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de>

Vertrieb des ganzen Hefts durch Osiris-Druck Leipzig,

<http://www.osiris-onlineshop.de>

INHALT DES HEFTS

Rudolf Rochhausen: Begrüßung.	5-9
Rudolf Rochhausen: Die Beziehung zwischen Nachhaltigkeit und Globalisierung.	10-26
Hans-Gert Gräbe: Von der Waren- zur Wissensgesellschaft.	27-34
Hubert Laitko: Nachhaltigkeit und Bildung. Gedanken zu ihrem Verhältnis.	35-60
Ruth Milachowski: Nachhaltigkeit, Neoliberalismus und globale Weltordnung.	61-70
Kurt Reiprich: Wissenschaft als Chance und Herausforderung.	71-78
Werner Wittenberger: Wieviel Philosophie braucht die Globalisierung?	79-84

RUTH MILACHOWSKI

Nachhaltigkeit, Neoliberalismus und globale Weltordnung

Nachhaltigkeit, definiert als Leitlinie einer globalen Zukunftspolitik, die auch die Bedürfnisbefriedigung künftiger Generationen sichert, muss die vorherrschenden Entwicklungen unserer Gegenwart, den Übergang der Nationen zu einer globalen Weltordnung und das diesen Prozess dominierende Paradigma der Politischen Ökonomie, Lehre und Politik des Neoliberalismus, berücksichtigen.

Der Neoliberalismus bezieht sich auf die Politik und die Prozesse, die es einer kleinen Gruppe von Kapitaleignern ermöglicht, zum Zweck der Profitmaximierung weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu kontrollieren. Er operiert nicht nur als ökonomisches, sondern auch als politisches und kulturelles System.

Ursprünglich galten Ronald Reagan und Margrit Thatcher als die Hauptvertreter neoliberaler Politik. Seit zwei Jahrzehnten ist jedoch der Neoliberalismus weltweit auf dem Vormarsch. Seine Prinzipien wurden mit dem Zusammenrücken der traditionellen Linken und Rechten in der Mitte von fast allen Parteien in den europäischen Industrieländern übernommen. Diese Parteien vertreten mit ihrer Politik die Interessen von kapitalkräftigen Investoren und von ca. 1000 transnationalen Unternehmen(TNCs) in dieser Welt.¹ Das Theoriengebäude, auf dem die neoliberale Politik basiert, unterstellt ein System von Grundsätzen, das neu ist und das sich zugleich auf die klassischen liberalen Lehren von Adam Smith bezieht. Die Grundaussagen der Neoliberalen sind jedoch weit von jenen Prinzipien der klassischen Politischen Ökonomie entfernt, die seit der Aufklärung das Lebenselement der liberalen Tradition darstellten.² Die Lehre des Neoliberalismus ist heute unter dem Begriff »Konsens von Washington« bekannt. Bereits dieser Begriff sagt einiges über die Dominanz der USA bei der neoliberalen Gestaltung der Weltordnung aus. Die Architekten des »Konsenses von Washington«, waren die US-amerikanische Regierung, die von ihr beherrschten internationalen Finanzinstitutionen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie die US-basierten transnationalen Unternehmen, »die weite Bereiche der internationalen Wirt-

¹ Robert W. Mc Chesney. In Noam Chomsky: Profit over People. Hamburg, Wien. September 2000. S.7.

² Ebenda. S.21.

schaft kontrollieren und über entsprechende Mittel zur politischen Willensbildung verfügen.«³

Der amerikanische Diplomhistoriker Gerald Haines, (der auch ein herausragender Historiker der CIA ist), verweist darauf, dass nach dem Zweiten Weltkrieg »...die USA aus eigenem Interesse die Verantwortung für das Wohlergehen des kapitalistischen Weltsystems«⁴, übernahmen, um das Modell eines ihren Interessen angemessen globalen System entwerfen zu können. Der »Konsens von Washington«, wurde zunächst von Großbritannien, später von den meisten anderen westlichen Industriestaaten übernommen.

Die Grundsätze der durch den »Konsens von Washington« angestrebten neoliberalen Weltordnung lauten: Liberalisierung von Handel und Finanzen, Preisregulierung über den Markt, Beendigung der Inflation (makroökonomische Stabilität), Privatisierung. Der »Konsens von Washington« besagt, dass ausschließlich der Mechanismus des freien Marktes die einzig vernünftige, faire und demokratische Instanz für die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen ist, die eine Politik im Interesse kommender Generationen, eine Politik der Nachhaltigkeit sowie die Lösung von Globalproblemen sichern kann. Gleichzeitig versichern die Neoliberalen, dass längerfristig die breiten Massen von dieser Strategie, die sich aus den »Sachzwängen der Globalisierung« ergibt, profitieren können. Die neoliberale Politik müsse allerdings unangetastet bleiben.⁵ Die Erarbeitung einer demokratischen Politik der Nachhaltigkeit muss gegenwärtig insbesondere zwei Entwicklungen beachten, die die neoliberale Gestaltung der globalen Weltordnung kennzeichnen:

1. Der Paradigmawechsel des Demokratiebegriffs, den tiefgreifenden Wandel der liberalen Demokratie, mit ihren, wenn auch begrenzten bürgerlichen Rechten und Freiheiten, zur neoliberalen »Marktdemokratie«.

In seinem Buch »Kapitalismus und Freiheit« betont Milton Friedmann, der führende Theoretiker der Neoliberalen, dass das Gewinnstreben zum Wesen der Demokratie gehört. Jede Regierung, die nicht vorbehaltlos auf Marktstrategien setze, sei antidemokratisch, auch wenn sie die Unterstützung einer gut informierten Öffentlichkeit genieße.⁶ Die Funktionen der Regierung sollen auf Nebenthemen begrenzt,

³ Ebenda. S.23.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda. S.10.

⁶ Ebenda.

Produktion und Distribution von Ressourcen sowie gesellschaftliche Institutionen ausschließlich durch den Marktmechanismus reguliert werden.

Die praktische Umsetzung der Marktwirtschaftsdoktrin im Prozess der Globalisierung weist jedoch gravierende Widersprüche auf.

Die Methodologie des freien Markts besagt, dass die auf dem freien Unternehmertum basierende Wirtschaft konkurrenzorientiert, rationell, effizient und fair sei, der Staat und seine Institutionen jedoch ineffizient seien und dessen Wirken solle das Laissez-faire nicht stören. In Wirklichkeit sind Regierungen für das kapitalistische System im Prozess der Globalisierung der Marktwirtschaft von zentraler Bedeutung. Sie verteilen u.a. an transnationale Unternehmen großzügige Subventionen, gewähren Steuererleichterungen und sie schützen ihre Märkte vor der Konkurrenz.

Ein Grundpfeiler der Freihandelstheorie besteht z.B. in dem Verbot öffentlicher Subventionen. Wie die praktische Umsetzung dieses Prinzips zu bewerten ist, wird u.a. durch eine Untersuchung von Wirtschaftswissenschaftlern aus den Niederlanden verdeutlicht. Die Autoren fanden heraus, dass nahezu alle Großfirmen weltweit ihre Strategien und ihren Wettbewerbsvorteil dem entscheidenden Einfluss regierungspolitischer Maßnahmen und/oder Handelsbarrieren verdanken. Zumindest 20 von ihnen, die 1993 zu den weltweit größten Unternehmen gehörten, hätten »als unabhängige Unternehmen gar nicht überlebt, wenn sie nicht von ihren jeweiligen Regierungen gerettet worden wären.« In den letzten zwei Jahrzehnten, so heben die Autoren hervor, waren »nationalstaatliche Eingriffe eher die Regel, als die Ausnahme.«⁷ Staatliche Subventionen haben bei der Entwicklung und Verbreitung vieler produkt- und fertigungsbezogener Innovationen in den Bereichen Luftfahrt, Elektrotechnik, moderne Agrarwirtschaft, Werkstofftechnologie, Energietransport, Telekommunikations- und Informationstechnologie eine entscheidende Rolle gespielt. Ganz allgemein hat die Regierungspolitik, insbesondere der Rüstungsprogramme, bei den weltgrößten Firmen einen überwältigenden Einfluss auf die Formierung ihrer Strategien und ihrer Wettbewerbsfähigkeit ausgeübt.⁸ Die Sicherung von globaler Macht und von Maximalprofiten der TNCs durch den Staat fördert einen »Sozialismus der Reichen«, der im Merkantilismus der Konzerne angesiedelt ist. Weltweit besteht der Handel bereits zu über 50 Prozent aus zentralgeleiteten innerbetrieblichen Transaktionen zwischen riesigen Insti-

⁷ Ebenda. S.49.

⁸ Ebenda. S.50.

tutionen der TNCs, die sich an unterschiedlichen Standorten befinden.⁹ Diese Institutionen sind ihrem Wesen nach totalitär, sie unterminieren demokratische Entscheidungsprozesse und sie bewahren die TNCs weitgehend vor den negativen Folgen der aus neoliberaler Sicht angeblichen »Unfehlbarkeit des unregulierten Marktes«.

Nach dem Grundsatz »Marktdisziplin ist gut für dich, aber nicht für mich« wird in zunehmendem Maße die Laissez-faire Version außer Kraft gesetzt. 1994 brach z.B. Kenias Textilindustrie zusammen, als die Regierung Clinton Einfuhrsperren verhängte. Zugleich forderte Clinton die afrikanischen »Reformkräfte« auf, die Bedingungen für den freien Handel im Sinne westlicher Investoren zu verbessern.

Der Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen kam zu dem Schluss, dass »die Industrienationen durch die Verletzung der Freihandelsprinzipien den Entwicklungsländern jährlich Kosten von 50 Milliarden verursachen, was ungefähr der Gesamtsumme der Entwicklungsgelder entspricht.«¹⁰

Ein anderes Beispiel für die real existierende Doktrin der »freien Marktwirtschaft« ist die Regulierung der Erdölpreise durch das Pentagon. Große Teile des Pentagon-Budgets dienen dazu, die Ölpreise auf einem Niveau zu halten, das den Interessen der US Energiekonzerne, die die Wahl von George Bush zum Präsidenten durch umfangreiche finanzielle Wahlgeschenke unterstützten, entspricht. US-amerikanische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Ausgaben des Pentagon auf eine dreißigprozentige Subventionierung des Marktpreises für Erdöl hinauslaufen.

Unter diesem Aspekt muss auch die Nahost Politik der von den USA dominierten NATO beurteilt werden. Die Außenministerin der Clinton-Regierung, Madelaine Albright, belehrte den UN-Sicherheitsrat wegen seiner Weigerung, Forderungen der US-Regierung gegenüber dem Irak durchzusetzen, darüber, dass »wir uns zusammen mit anderen multilateral verhalten, wenn wir es können, und unilateral, wenn es sein muss, da wir in einer für die nationalen Interessen der USA als lebenswichtig erachteten Region keine äußeren Beschränkungen anerkennen.«¹¹

Diese Position wird durch die Politik der Bush Administration verstärkt umgesetzt. Im Interesse der Energie- und Rüstungskonzerne verweigert die US-Regierung nicht nur die Anerkennung von internationalen Klimaschutzvereinbarungen (Kyoto). Sie setzt auch nationale Umweltschutzabkommen außer Kraft, z.B. durch die Genehmigung

⁹ Ebenda.

¹⁰ Zitiert in ebenda. S.137.

¹¹ Zitiert in ebenda. S.95.

der Erdölforderung im Naturschutzgebiet von Alaska. Der zunehmende Unilateralismus der US-Politik äußert sich darüber hinaus in der Ablehnung des durch die UNO nach siebenjährigen Verhandlungen ausgearbeiteten Protokolls zur Überwachung des Verbots biologischer und bakteriologischer Waffen.

Eine entscheidende Bedeutung für die Beurteilung der Möglichkeiten zur globalen Durchsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit, hat die, insbesondere von den USA, aber auch von anderen Wirtschaftsmächten betriebene Institutionalisierung des Welthandels. Die zu Beginn der neunziger Jahre gegründete Welthandelsorganisation (WTO) ermöglicht es den führenden Wirtschaftsmächten, internationale Handelsabkommen in den 70 Unterzeichnerstaaten zu erzwingen, die einerseits den Zugang zu den Weltmarktregionen und Freihandelszonen in Amerika, Europa und Asien ermöglichen, in denen sich der Welthandel überwiegend vollzieht. Die Statistiken belegen eine Intensivierung des interregionalen Handels. Danach hat eher eine Regionalisierung, als eine Globalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs stattgefunden.¹² Andererseits sollen die ökonomisch schwächeren Länder, darunter die Staaten des ehemaligen Ostblocks, gezwungen werden, sich weniger konkurrenzorientiert, vielmehr »komplementär« zu verhalten. Sie sollen als Dienstleister und Zulieferer für die kapitalistischen Metropolen fungieren und den TNCs den ungehinderten Zugang zu Schlüsselressourcen ermöglichen.

Oftmals wird die neoliberale Marktdemokratie als »Kapitalismus ohne Maske« gekennzeichnet, da sie eine Epoche repräsentiert, in der die Wirtschaftsmächte stärker und aggressiver sind, als in der bisherigen Entwicklung des Kapitalismus.

Die neoliberale Marktdemokratie funktioniert am besten in einer formellen parlamentarischen Demokratie, in der zugleich verhindert wird, dass sich die Bevölkerung an für sie lebenswichtigen Entscheidungsprozessen beteiligen kann. Es entsteht ein für das neoliberale System notwendiges Nebenprodukt, die Entpolitisierung der Bevölkerung. Die »Marktdemokratie« bringt keine Bürger, sondern, »eine atominierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen,« , ...»keine Gemeinschaften, sondern Einkaufszentren«¹³ hervor.

Die Folgen der Umsetzung des »Konsenses von Washington« in vielen Ländern sind überall dieselben: die massive Zunahme sozialer und ökonomischer Ungleichheit, auch in den kapitalistischen Zentren, gravierende Rückschläge für die ärmsten Nationen der

¹² Erich Rehaegel: Freihandelszonen auf dem Vormarsch. Handelsblatt. 5.Dezember 1996. S.10.

¹³ Robert W. Mc Chesney. In Noam Chomsky: Profit over People. S.12.

Welt, die zunehmend marginalisiert und von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausgegrenzt werden, eine instabile Weltwirtschaft sowie die Verschlechterung der globalen Umweltbedingungen.

Der 1996 veröffentlichte Global Report der UN Organisation für industrielle Entwicklung verweist darauf, dass die Kluft zwischen den reichsten und ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung im Zeitraum von 1960 bis 1989 um über 50 Prozent gewachsen ist. Sie folgern, »dass der Globalisierungsprozess diese Ungleichheit noch verschärfen wird.«¹⁴

Nach dem neuesten Bericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank muss z.B. ein Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung, das sind 150 Millionen Menschen, von weniger als zwei Dollar täglich leben, während sich 40 Prozent des Bruttosozialprodukts in der Hand von einem Prozent der Bevölkerung konzentrieren.¹⁵ Soziale Ungleichheiten nehmen auch in den kapitalistischen Metropolen zu. Neu ist, dass sich diese Tendenz auch in den neunziger Jahren, in der Phase der Hochkonjunktur, in den führenden westlichen Industrieländern fortsetzte. Die soziale Ungleichheit ist z.B. in den USA so stark ausgeprägt, wie seit siebzig Jahren nicht mehr. Für den größten Teil der Nordamerikaner sind die Einkommen ständig gesunken, gesicherte Arbeitsplätze sind seltener geworden. In keinem Industriestaat der Welt ist die Kindersterblichkeit so hoch und die Kinderarmut so groß, wie in den USA, gefolgt von Großbritannien und den übrigen englischsprachigen Ländern.¹⁶

Eine Untersuchung der UNICEF über Russland kam zu dem Ergebnis, dass die von der russischen Regierung geforderten neoliberalen Reformen nach US-Vorbild allein 1993 eine halbe Million zusätzlicher Todesfälle verursacht hätten. Nach Schätzungen des russischen Sozialministers vollziehen sich gegenwärtig Entwicklungen, wie in den vom Westen abhängigen Regionen an der Peripherie. In Russland leben gegenwärtig bereits 25 Prozent der Bevölkerung unter dem Existenzminimum, während wenige Oligarchen enorme Reichtümer anhäuferten.

Die Vorstellung einer gleichgerichteten ökonomischen Entwicklung in der Welt wurde von den führenden Wirtschaftsmächten längst aufgegeben. Die Entwicklungspolitik gilt als gescheitert. Heute wird gegenüber Ländern der Peripherie »Kata-

¹⁴ Zitiert in ebenda. S.137.

¹⁵ Joachim Hirsch: Die Globalisierung der Menschenrechte. In: Freitag, Frankfurt a. M., 19.1. 2001. Heft S.11.

¹⁶ Zitiert in Noam Chomsky: Profit over People. S.138.

strophenhilfe« geleistet, die die kapitalistischen Metropolen vor unkontrollierbaren Entwicklungen schützen soll. Die damit im Zusammenhang stehende, seit den achtziger Jahren vollzogene Wiedereinsetzung formeller demokratischer Regimes an der Peripherie wird nicht zu Unrecht als »Demokratisierung der Machtlosigkeit« bezeichnet.

2. Ein weiteres Charakteristikum, das bei der Erarbeitung einer Politik der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden muss, ist die neoliberale Umdefinition des Menschenrechtsbegriffs.

Menschenrechte sind seit den Jahren 1989/90 mit ihren globalen Zäsuren, zu einem bestimmenden Begriff der politischen Auseinandersetzung geworden.

Dabei werden zwei gegensätzliche Tendenzen sichtbar: Zum einen verwenden die führenden Wirtschaftsmächte, insbesondere die USA, die Menschenrechte zur Legitimation eines globalen Herrschaftsanspruchs.

Der Neoliberalismus identifiziert Menschenrechte mit kapitalistischer Marktwirtschaft und den sie stützenden politischen Herrschaftsverhältnissen. Der Menschenrechtsbegriff wird somit, ebenso wie der Demokratiebegriff, zur Legitimationsformel für den universalen Anspruch imperialer Macht.¹⁷ Charakteristisch ist dabei das Auseinanderfallen von offiziellen Menschenrechtsdiskussionen und der politischen Praxis. Die permanenten Erklärungen, z.B. von Vertretern der Bundesrepublik über Ausländerfreundlichkeit, ändern nichts an der inhumanen Praxis der BRD-Asylpolitik. Der Bundesregierung wurden ein Menschenrechtsbeauftragter und seit März 2001, ein Menschenrechtsinstitut, beigeordnet. Gleichzeitig erreichten jedoch die Waffenexporte, vor allem in die Türkei, den bisher größten Umfang seit Bestehen der BRD. Schwere Menschenrechtsverletzungen in diesem Land werden wegen der strategischen Interessen der NATO in dieser Region geduldet. Ein weiteres Charakteristikum der Umdefinition des Menschenrechtsbegriffs ist die Außerkraftsetzung von wesentlichen Bestandteilen des Völkerrechts und von nationalstaatlichen Verfassungen. Der Begriff »Menschenrechte« wird besonders dann verwendet, wenn Krieg, Gewalt, Subversion und Destabilisierung im »Kreuzzug für Demokratie« gerechtfertigt werden sollen. Der Bruch der Verfassung der BRD durch den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr wurde so legitimiert und der Begriff der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« in »westliche Wertegemeinschaft« umdefiniert. Zum anderen wächst aber auch die Bedeutung der Menschenrechte als Gegenstand sozialer und demokratischer Protestbewegungen

¹⁷ Joachim Hirsch: Die Globalisierung der Menschenrechte. S.11.

gegen weltweite Ausbeutung und Gewalt, die stabilisierende Herrschaft der kapitalistischen Metropolen und den globalen Neoliberalismus. Ein Beispiel dafür ist der Zapatistenaufstand in Mexiko, der nicht zufällig mit dem Inkrafttreten der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) begann, die die USA, Kanada und Mexiko zu einem gemeinsamen Markt verbindet.¹⁸ Mexiko wurde von den USA als Modellfall für andere Länder angesehen, das den »Konsens von Washington« beherzige und Wirtschaftsreformen nach US-Vorbild durchsetze. Jedoch bereits Ende 1994 brach als Folge der Einführung der »Marktdemokratie« die mexikanische Wirtschaft zusammen. Der Handel zwischen den USA und Mexiko besteht gegenwärtig zu 65 Prozent aus innerbetrieblichen Transaktionen der US-Konzerne, die praktisch keine Verbindung zur mexikanischen Wirtschaft herstellten. Von der NAFTA profitieren lediglich wenige superreiche Mexikaner und US-Investoren, während die Bevölkerung überwiegend die negativen Folgen zu spüren bekommt. Die Löhne in Mexiko betragen lediglich ein Zehntel der Entlohnung in den USA.

In den Zulieferbetrieben für Konzerne in den USA und Ostasiens gelten Gewerkschaftsrechte ebenso wenig, wie Gesundheits- und Umweltschutz. Viele mexikanische Kleinbauern wurden ruiniert, da sie der Konkurrenz der US Agrarkonzerne nicht gewachsen waren. Ebenso erging es einer großen Anzahl von Kleinunternehmern. Heute leben über 50 Prozent der Mexikaner unter dem Existenzminimum.

Als Reaktion auf die Erweiterung der EU und zur Stärkung des globalen Herrschaftsanspruchs hat die US Regierung zu Beginn des Jahres 2001 das Entstehen einer Freihandelszone durchgesetzt, die alle Länder des amerikanischen Kontinents, außer Kuba, einschließt. (Free Trade Area of the Americas, EFTA).

Umweltschützer, Menschenrechtler, Gewerkschaftler und Angehörige anderer demokratischer Bewegungen aus den USA, Kanada sowie aus den Ländern Lateinamerikas verweisen auf die negativen sozialökonomischen Folgen der NAFTA.

»NAFTAs Auswirkungen - wachsende ökonomische Ungleichheit, abnehmende Reallohne, vermehrte Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Angriff auf wichtige Gesundheits- und Umweltschutzbestimmungen«, ... »oder extremer Schutz für ausländische Investoren«, - dürfen nicht von Yukon bis nach Tierra del Fuego (Feuerland) ausgedehnt werden«, kennzeichnet das bedeutende US Magazin »Citizen's Global Trade Watch« das Anliegen der Freihandels- und Globalisierungsgegner.

¹⁸ Ebenda.

An dem ersten, von Globalisierungskritikern durchgeführten Weltsozialforum (WSF) im südbrasilianischen Porto Allegre, das parallel zum Weltwirtschaftsgipfel von Konzernchefs, Spitzenpolitikern und Wirtschaftsexperten in Davos/Schweiz durchgeführt wurde, beteiligten sich 15000 Delegierte von Nichtregierungsorganisationen (Angehörige von religiösen und Bauernverbänden, Parteien, Arbeiter-Jugendbewegungen, Gewerkschaften, Abgeordnete, Unternehmer und Privatleute) aus 120 Ländern. In Porto Allegre wurden Themen behandelt, die in Davos keine Rolle spielten. In vier Konferenzen ging es um eine neue Weltwirtschaftsordnung, um die Rolle von Bürgergesellschaften, um nachhaltige Entwicklung und um die weltweite Gestaltung eines materiell gesicherten erfüllten Lebens. Die Ziele des Weltsozialforums wurden in einer gemeinsamen Erklärung formuliert: »Es soll ein Plädoyer für eine andere Welt sein, fernab der Vorstellungen der neoklassischen Ökonomen und der Interessen multinationaler Konzerne.«¹⁹

Die Vorstellungen der Globalisierungskritiker über die Zukunft der Menschheit sind noch unterschiedlich. Einige Gruppen wünschen sich starke Staaten zurück, die den globalen Märkten Grenzen setzen und sich um Umweltschutz und Wohlstandsverteilung kümmern. Viele NGOs fordern Global Governance, d.h. ein Netzwerk aus gestärkten Regierungen, Behörden und internationalen Institutionen in aller Welt, die das Gemeinwohl notfalls mit Druck durchsetzen können. Sie sehen eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin, die Politiker ihrer Herkunftsländer in diese Richtung zu bewegen. Andere Gruppen warnen grundsätzlich vor dem Dialog mit Konzernen und Regierungen, wie ihn bereits ca. 50 Nichtregierungsorganisationen durchführen, die an dem Weltwirtschaftsforum in Davos teilnahmen. »Er berge die Gefahr der Kooption, der Vereinnahmung und letztlich des Verrats der eigenen Ziele.«²⁰

Auch in der Zukunft sollen, wie führende Globalisierungsgegner erklären, (gewaltfreie) Straßenproteste eine Rolle spielen, da sie der Bewegung ein Gemeinschaftsgefühl vermitteln und außerdem für die erwünschte Aufmerksamkeit in der Bevölkerung sorgen. Sie sind eine nach ihren Auffassungen wichtige Ergänzung im Kampf für »eine Globalisierung der Rechte und eine gerechtere Verteilung der Reichtümer.«²¹

Die Suche nach Konsens der verschiedenen Nichtregierungsorganisationen wertet nicht die Tatsache ab, dass sich der Druck der Antiglobalisierungsgegner weltweit auf

¹⁹ Die Zeit. Nr.5 vom 25.Januar 2001. S.22.

²⁰ Die Zeit. Nr.6 vom 1.Februar 2001. S.22.

²¹ Die Zeit. Nr.5 vom 5.Januar 2001. S.22.

Politik und Wirtschaft verstärkt hat und ihre Kampagnen den Profit der attackierten Unternehmen mindern.

Wie der Herausgeber von *Le Monde Diplomatic Paris*, der Begründer der bedeutendsten Antiglobalisierungsbewegung ATTAC, erklärt, hat erst in Porto Alegre das neue Jahrhundert begonnen. Der Chef des US Gewerkschaftsbundes AFLCIO, John Sweeny, sieht in der Antiglobalisierungsbewegung den Beginn eines »neuen Internationalismus«.²²

Die Forderung der Globalisierungskritiker, »wenn schon weltweit gewirtschaftet wird, dann sollte es im Dienst eines erfüllten Lebens für alle stehen«, schließt eine Politik der Nachhaltigkeit ein. Eine Politik der Nachhaltigkeit kann jedoch nur durch das koordinierte Handeln von unterschiedlichen demokratischen, nationalen und internationalen Bürgerorganisationen gegen die globale Politik des Neoliberalismus durchgesetzt werden.

²² Ebenda.